

Vorlage

der Berichterstatter
an den Haushalts- und Finanzausschuss



Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Nachtragshaushaltsgesetz 2000)

Drucksache 13/150

Einzelplan 04 - Justizministerium

Bericht über das Ergebnis des Berichterstattergesprächs über den Einzelplan 04 gemäß § 28 (1) in Verbindung mit Nr. 6 der Anlage zur Geschäftsordnung des Landtags.

Hauptberichterstatterin	Abgeordnete Angela Freimuth	F.D.P.
Berichterstatter	Abgeordneter Willi Nowack	SPD
	Abgeordneter Winfried Schittges	CDU
	Abgeordneter Rüdiger Sagel	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
		NEN

Das Ergebnis des Berichterstattergesprächs zum Einzelplan 04 ergibt sich aus dem als Anlage 1 beigefügten Ergebnisvermerk.

Ergebnisvermerk zum Berichterstattergespräch zum Einzelplan 04 - Geschäftsbereich des Justizministeriums.

1. Teilnehmer

Abgeordnete Angela Freimuth	F.D.P.
Abgeordneter Willi Nowack	SPD
Abgeordneter Winfried Schittges	CDU
Leitender Ministerialrat Kamp	Justizministerium
Richter am Landgericht Heinrich	Justizministerium
Ministerialrat Dahnz	Finanzministerium
Oberamtsrat Schneider	Finanzministerium
Regierungsangestellter Schröder	Landtagsverwaltung

2. Allgemeines

2.1 Die Berichterstatter der Fraktionen erörterten am 28. September 2000 den Einzelplan 04, Geschäftsbereich des Justizministeriums (Drucksache 13/150), mit den zuständigen Vertretern des Justizministeriums und des Finanzministeriums.

Zu Beginn des Gesprächs erläuterte LMR Kamp vom Justizministerium die einzelnen Positionen im Sachhaushalt, die im Nachtrag zum Einzelplan 04 enthalten sind. Soweit durch spätere Nachfragen der Abgeordneten wichtige Informationen gewonnen wurden, die über die vorliegenden schriftlichen Erläuterungen hinausgehen, so sind diese nachstehend dargestellt.

3. Gesprächsergebnis

3.1 Schaffung zusätzlicher Haftplätze im Justizvollzug im Rahmen des Konzepts zum Abbau der Überbelegung im Justizvollzug

Kapitel 04 410 Titel 711 15

Neubau einer Justizvollzugsanstalt in Gelsenkirchen Feldmark

Kapitel 04 410 Titel 774 00

Verkauf von Dienstwohnungen im Bereich des Justizvollzugs

Kapitel 04 410 Titel 131 10

Die Landesregierung hat im Jahr 1999 das "Konzept zum Abbau der Überbelegung in den Justizvollzugsanstalten des Landes" beschlossen. Dieses sieht unter anderem im Rahmen eines Sonderbauprogramms die bauliche Erweiterung von Justizvollzugsanstalten mit einem Gesamtinvestitionsbedarf von 75,5 Mio DM vor. Bereits im Haushalt 1999 ist bei Kapitel 04 410 (Justizvollzugseinrichtungen) der Bautitel 711 15 ("Schaffung zusätzlicher Haftplätze im Justizvollzug im Rahmen des Konzepts zum Abbau der Überbelegung im Justizvollzug") aufgenommen worden.

Die Investitionskosten sollen durch die Veräußerung von Dienst- und Mietwohnungen gegenfinanziert werden. Im Entwurf des Nachtragshaushalts 2000 ist der entsprechende Ansatz bei Titel 711 15 von 23,2 Mio DM, der bislang mit dem entsprechenden Einnahmetitel 131 10 (Erlöse aus dem Verkauf von Dienstwohnungen) korrespondierte, auf 2,4 Mio DM reduziert worden. Dem liegt zugrunde, dass ein Verkaufserlös im Jahr 2000 nicht mehr zu erwarten ist, da die Vertragsverhandlungen zwischen dem federführend zuständigen Finanzministerium und Interessenten noch nicht abgeschlossen sind. Derzeit können noch keine Angaben zu einem Veräußerungsgewinn der Dienstwohnungen gemacht werden. Der Ansatz von 2,4 Mio DM an Barmitteln berücksichtigt die im Jahr 2000 noch kassenwirksam werdenden Ausgaben. Weitere Mittel werden im Jahr 2000 nicht abfließen, da einige Bauvorhaben entgegen der ursprünglichen Planung aus wirtschaftlichen Gründen an einen Generalunternehmer vergeben werden sollen. Zahlungen für diese Maßnahmen werden erst nach Fertigstellung größerer Bauabschnitte fällig. Der reduzierte Ansatz von 2,4 Mio DM im Nachtragshaushalt stellt sicher, dass im Rahmen des Sonderbauprogramms begonnene Maßnahmen planmäßig fortgeführt und die Vorhaben bei den JVA'en Geldern und Remscheid begonnen werden können.

3.2 Sicherheit in Justizvollzugsanstalten

Das vorgelegte Sonderbauprogramm greift auf Fragen der Erhöhung der Sicherheit im Justizvollzug mit auf. Daneben ist im Kapitel 20 070 Titel 711 52 ein Ansatz in Höhe von 10 Mio DM zur Grunderneuerung von Justizvollzugsanstalten einschließlich damit zusammenhängender Erweiterungsmaßnahmen vorgesehen. Nach den Erläuterungen zu diesem Titel dienen die Mittel der Erhaltung der Nutzungs- und Funktionsfähigkeit der Anstalten sowie der Erhöhung der Sicherheit. Im Übrigen ist zu diesem Thema auf die Untersuchung der sog. "Manteuffel-Kommission" hinzuweisen, die die Untersuchung der Justizvollzugsanstalten auf bauliche bzw. Sicherheitsmängel zum Gegenstand hatte. Der Bericht wird dem Rechtsausschuss zur Sitzung am 25. Oktober 2000 vorgelegt.

3.3 Programm "Justiz 2003" - IT-Ausstattung

Die IT-Vollausstattung der Justiz auf Grund des Programms "Justiz 2003" wird planmäßig fortgesetzt. Über den Stand der Arbeiten werden sowohl der Haushalts- und Finanzausschuss als auch der Rechtsausschuss des Landtags jährlich unterrichtet. Der letzte Bericht über den Stand der IT-Verfahren im Geschäftsbereich der Justiz ist dem Haushalts- und Finanzausschuss am 17. Februar 2000 zugeleitet worden.

Angela Freimuth

Willi Nowack

Winfried Schittges